

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gesbergasse 2) und aus- wärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Danziger Zeitung.

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 10 Uhr Vormittags.

Paris, 3. December. Der heutige „Moniteur“ enthält den Bericht über die Finanzlage. Gould schlägt die Conversion von 300 Millionen Decouverts in consolidierte Schuld vor, wodurch die Decouverts sich auf 672 Millionen vermindern. Die Anleihe ist zur Auslösung der Schatzscheine zu verwenden.

(B.C.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Frankfurt a. M., 2. December, Abends. So eben beschloß der gesetzgebende Körper, den Senat zu ersuchen, den Gesandten der freien Stadt Frankfurt beim Bundestag dahin zu instruieren: Die freie Stadt Frankfurt ist bereit, ihr Contingent zur Wahrung der Rechte des legitimen Herzogs von Schleswig-Holstein, Friedrich VIII., zur Verfügung zu stellen.

Stuttgart, 2. December. Bei der heute stattgesunden Präsidentenwahl der Abgeordnetenkammer wurde von 86 anwesenden Abgeordneten im ersten Wahlgange Duder- növ, im zweiten Probst, im dritten Weber, jeder mit 48 Stimmen in Vorschlag gebracht. Freiherr v. Barabuler erhielt im ersten und zweiten Wahlgange 34, im dritten 35 Stimmen.

Krakau, 2. December. Gestern erfolgte die Schlussverhandlung in dem Prozesse gegen v. Bentkowksi; der Angeklagte wurde auf Grund des § 66 des Strafgesetzbuches zu einem monatlichen Kerker verurteilt.

London, 2. Decbr. Die Bank von England hat den Disconto auf 7 p. C. erhöht.

London, 2. Decbr. Der Postdräpper „Bohemian“ hat Newyorker Nachrichten vom 21. v. Uts. in Londonerry abgegeben. Depeschen aus Knoxville vom 19. stellen die Situation Burnside's als günstig dar, obgleich seine Verbündung mit Cumberland unterbrochen ist. Der General Banks hat am 5. v. Uts. Brownsville (40 englische Meilen aufwärts von der Mündung des Rio grande) besetzt. In Matamoras versah man sich einer Revolte zu Gunsten der Franzosen; der amerikanische Consul stürzte Gewaltthäufigkeiten, weshalb ein Theil der Bankischen Truppen zu seinem Schutz abgehen sollte. — Der Wechselcours auf London war in New York 167, Goldagio 53%, Baumwolle 84—85.

Kantags-Verhandlungen.

11. Sitzung des Abgeordneten-Hauses.
Präsident: Grabow. Fortsetzung der Debatte über die schleswig-holsteinische Frage. Abg. Wagener (Neustettin): Er sei mit seinen Freunden überrascht gewesen, als er die Einbringung des Birchow'schen Antrages vernommen, dessen Kühnheit und Beweglichkeit er bewundert habe; er staunt, dieselben Leute, die seit Jahren den Bundestag mit Spott und Hohn überhäuft, jetzt als Palatin desselben auftreten zu sehen, vielleicht um durch Majoritätsbeschlüsse desselben den Großmächtig Preußens ausstreben zu lassen; am meisten erstaunt aber darüber, dieselben Leute, welche stets auf die Volksvereinheit gepocht, jetzt als Ritter der Legitimität mit eingelegter Lanze auf den Kampfplatz reiten zu sehen. (Bravo rechts, Gelächter links.) Es habe ihn dies Auftreten gleich mit Misstrauen erfüllt, noch ehe er gestern den von Stuttgart her bekannten Löwen gehört habe. (Der Präsident unterbricht den Redner.) Er würde sich in dieser Beziehung mit den Antragsteller vereinigen können, wenn sie aus denselben Legitimitätsgrunde verzweifen könnten: die Vertreibung der kleinen Fürsten und des deutschen Bundesstaates Österreich aus Italien, die Belebung des päpstlichen Stuhls, die Wegnahme Menschenrechts. Bis das nicht geschehen, rufen wir Ihnen das Birck'sche Wort zu: Bleiben Sie mit der Legitimität vom Halse. Den Antrag des Abg. Waldeck habe er freudig begrüßt, weil damit die von ihm vorausgesagte Spaltung zwischen der consequenten Demokratie und dem mehr oder weniger törichtlich gefärbten Gothaerthum deutlich constatirt sei (Heiterkeit und Widerspruch links); er habe sich gefreut, weil er gesehen, daß der Antragsteller seiner Prinzipien willen selbst eine Inpopularität nicht scheue. Er sei nicht Gegner der Anträge, weil der Nationalverein sie hervorgerufen, sondern weil der Nationalverein sie in Scene gebracht habe. Der Unterschied sei eben, daß er und seine Freunde in dieser Frage Hand in Hand mit den übrigen deutschen Bundesstaaten gehen wollten. Der Comm.-Antrag stelle der Regierung in Aussicht, daß diese Herren ihr die Mittel zu bewilligen bereit sind; diese Bereitwilligkeit sei aber in so unbestimmten Ausdrücken gefaßt, daß er der Regierung nicht rathe möchte, diese Brücke zu betreten, denn tame es erst darauf, so würden die vereinwilligen Antragsteller sehr bestimmte Bedingungen stellen. (Links: Ehr richtig!) Was sollte aber aus den Prärogativen der Krone werden, wenn das Haus bei jeder auswärtigen Frage seine Bedingungen stellte! Das Londoner Protokoll sei nicht aus Lanne hervorgegangen, sondern durch die Roth dictiri, und hervorgerufen durch die Kenntniß von der Bedeutung der Integrität der dänischen Monarchie. Wenn gestern der Wunsch ausgesprochen sei, Preußen möge Schleswig-Holstein für sich zu erlangen suchen, so möchte er den Apotheker sehen, der dies Recept bereiten möchte. Er gebe zu, daß Preußen berechtigt sei, hinsichtlich der Erfüllung der Gegenbedingungen von Seiten Dänemarks, sich von dem Londoner Protokoll loszusagen. Dann aber entstehe eine europäische Frage und Verwicklung. Selbst in Frankreich sei es ausgesprochen worden, es sei ein abenteuerliches Unternehmen, wenn eine Großmacht alle andern gegen sich aufbrächte. Er erinnere an 1848, wo die rückläufige Bewegung mit dem Wasserschlaf von Malmö begonnen, der die Billigung derselben Versammlung erfahren, welche nach der Ansicht der Herren unter sich die ersten Männer Deutschlands gezählt (Ruf links: „Nein“). Wie würde es jetzt aber sein, wenn ein europäischer Krieg in Aussicht

stünde? — Er und seine Freunde stellen daher der Regierung die Verwendung der Mittel für den ihr geeignet schenkenden Bw. & P. und P. moment zu Gebote. Der Redner geht nun zur Untersuchung der legitimen Ansprüche des Herzogs von Augustenburg über und sucht sie durch die bereits aus der „R. Pr. Stg.“ bekannten Argumente der conservativen Partei zu bekämpfen. Er stützt sich dabei auf das Privatsfürstenrecht und citirt den „herauslösen Staatsrechtslehrer Bernatz“ als Autorität (Gelächter). Er halte es in der That nicht für im Interesse Deutschlands und Preußens liegend, die Zahl der kleinen Fürster und damit der Gegner Preußens um einen zu vermehren. Er warne davor, daß die Fortschrittspartei die schleswig-holsteinische Frage als Agitationmittel gegen das Ministerium Bismarck benütze. Er für seine Person lenne keine andere deutsche Fahne, als die schwarz-weiße Fahne. (Bravo der Conservativen; Bischen links.) — Inzwischen sind die Minister v. Bismarck, v. Bodenbach, v. Roon, v. Selchow eingetreten.

Abg. Dr. Jacoby: Der Herr Vorredner hat die Partei, der ich angehöre, wegen der Kühnheit und Beweglichkeit ihres Geistes bewundert. Ob diese Bewunderung eine aufrichtige ist, lasse ich dahin gestellt. Eins aber will ich ihm bezeugen, daß er den Geist unserer Partei, den Geist seiner politischen Gegner sehr wenig kennt; bezogen will ich ihm ferner, daß die Spaltung, die er in der Partei voraussetzt, seine Fiktion ist; bezogen will ich ihm, daß die deutsche Fortschrittspartei völlig einig ist in ihrem Verhalten diesem Ministerium gegenüber. Ich halte mich für verpflichtet, hier auszusprechen, wie ich den Antrag der Commission versteh' und in welchem Sinne ich davor zu stimmen entschlossen bin. Auf den Rechtpunkt brauche ich nicht weiter einzugehen. Daß durch den Tod des Königs Friedrich VII. von Dänemark die seitherige Verbindung Schleswig-Holsteins mit Dänemark gelöst ist, darüber herrscht, den Vorredner und seine wenigen Freunde vielleicht ausgerommen, keine Meinungsverschiedenheit. Eben so sind wir wohl alle damit einverstanden, daß einem so wichtigen Ereignisse gegenüber, des preußischen Abgeordnetenhaus unmöglich sich schweigend verhalten kann. Die Schwach, die unsere Brüder an der Eide erdulden, wir alle erleben und dulden sie mit ihnen. Da das dänische Kriegsche die Herzogthümer bedrohte, ob der Russen die Provinz Preußen, ob der Franzose die Rheinprovinz mit Waffengewalt sich aneigne; ich finde darin keinen Unterschied. Schleswig-Holstein ist eine nationale deutsche, ist unsere eigene Sach. Aber, m. H., das fühlen wir wohl Alle: nicht um Worte, nicht um Sympathie-Eklärungen, nicht um Beileidsbezeugungen handelt es sich, nicht um das, was wir zu der schleswig-holsteinischen Angelegenheit sagen, was wir darüber denken oder meinen; die Frage, die an uns herantritt, lautet: was soll, was kann das preußische Abgeordnetenhaus für Schleswig-Holstein thun? Und auf diese Frage gibt keiner der Anträge eine klare, unumwundene Antwort. Zwischen den Seiten ist zwar Manches zu lesen, aber ich glaube, wie findet es der Sache, wir sind es uns schuldig, offen und frei mit der Sprache herauszutreten. Allerdings ist das Verhältnis des Abgeordnetenhauses zu dem Königl. Ministerium ein sehr eigenhümliches. Stände den erwählten Vertretern des preußischen Volkes eine Execution zu, die Macht, dem ehmäßigen Willen des Volkes Geltung zu verschaffen, da bedürfte es nicht erst der Mahnung: die preußische Armee wäre schon längst auf dem Marsche, um die in Schleswig-Holstein verschandelte Ehre wieder einzulösen. Aber so einfach liegt die Sache nicht. Wir haben ein Ministerium vor uns, welches die Stimme des Volkes und seiner Vertreter mißachtet; das Recht, das beschworene Verfassungsrecht des eigenen Landes fortlaufend verlegt; ein Ministerium, von dem Alles eyer zu erwarten ist, als ein aufrichtiges, ehrliches, thalträfiges Eintreten für die Sache und der Freiheit. (Sehr richtig.) Ich hätte gewünscht, das Haus hätte gleich im Beginn seiner Thätigkeit von dem Rechte Gebrauch gemacht und die Minister wegen des Verbrechens der Verfassungsverlegung in Antlastung verfestigt. Nicht etwa, daß ich von einem solchen Schritte den Erfolg hoffen könnte, das Ministerium zu besiegen. Aber ein anderer Erfolg hoffen könnte, das Ministerium zu überwinden: unsere deutschen Brüder außerhalb Preußens würden eine klare Anschauung gewonnen haben über unser Verhältniß zu der gegenwärtigen Staats-Regierung; sie würden uns nicht jetzt gedrängt haben, Aufforderungen an ein Ministerium zu richten, von dem wir im Voraus wissen, daß es jeder wahren, deutschen Politik abhält, kein Bedenken tragen würde, die ihm bewilligten Mittel zu ganz andern Zwecken, als die von uns bezeichneten, zu verwenden. (Sehr wahr!) Die deutschen Brüder werden uns nicht so Unmögliches angemuthet haben, da, wo es sich um Recht, Freiheit und Volksschre handelt, Hand in Hand mit einem Ministerium zu geben, dem Recht, Freiheit und Volksrecht nichts als leere Worte sind. (Bravo.) Da würde Ihre Commission Abstand genommen haben von jeder Aufforderung, von jedem Anerbieten, gerichtet an dieses Ministerium. Man hat ferner vorgeschlagen, über die Minister hinweg sich unmittelbar an den König zu wenden; nach den vorangegangenen Erfahrungen ist dieser Weg aber weder als angemessen, noch als ratsam zu erachten. Sollte das Haus der Abgeordneten sich zu einem solchen Schritte verstehen, was hätten wir anders zu erwarten, als einen ungünstigen Bescheid und die wiederholte Erklärung, daß die Krone sich in vollkommener Übereinstimmung mit den Herren am Ministerium befindet? Geben wir der Wahrheit die Ehre, sprechen wir es unverhohlen aus: Das preuß. Abgeordnetenhaus ist völlig außer Stande, den Brüdern in Schleswig-Holstein irgend eine wirkliche Hilfe zu leisten. Sollten die Männer in Schleswig-Holstein sich auf die Hilfe deutscher Kammern und Fürsten, oder wohl gar auf die Hilfe des Bundestages verlassen, ihre Erwartungen würden gerade eben so, wie in den Jahren 1848 und 1849 getäuft werden. Die Kammern werden berathschlagen und Anträge stellen,

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Infante nehmen an: in Berlin: A. Metzner, in Leipzig: Algen & Fort, H. Engler, in Hamburg: Haasenstein & Vogler, in Frankfurt a. M.: Jäger'sche, in Elbing: Neumann Hartmanns Buchhldg.

die Kabinete werden verhandeln und unterhandeln, werden diplomatisiren und hin und her Noten schreiben; den Dänen aus Schleswig-Holstein zu vertreiben, dazu werden sie aus freien Stücken sich nun und immer entschließen. — Es würde dann das alte Wort aufs Neue in Erfüllung gehen: „Dum Roma delibera, Saguntum perit.“ Ein Mittel gibt es, den Brüdern in Schleswig-Holstein wirklich wirksam zu helfen und dieses eine Mittel kann mit den Worten Friedrich Wilhelm III. bezeichnet werden. Im Jahre 1813 sprach es König Friedrich Wilhelm III. aus: „Unabhängigkeit und Volkshre werden nur gesichert, wenn jeder Sohn des Vaterlandes in den Kampf für Freiheit und Ehre eilt.“ Das deutsche Volk, Preußen voran muß selbst aus eigenem, freiem Entschluß eintreten für seine nationale Ehre und Unabhängigkeit. Er greift das Volk in dieser Sache die Initiative, erhebt es sich Mann für Mann, wie eins vor fünfzig Jahren, dann wird es die Regierungen mit sich fortziehen, dann wird der übermächtige Däne über die Grenzen des deutschen Vaterlandes zurückgetrieben und Schleswig-Holstein für immer von dem Joch der Fremdherrschaft erlöst werden. So verstehe ich die Schlussworte des Commissions-Antrags, also lautend: „Die Ehre und das Interesse Deutschlands verlangen es, daß sämtliche deutschen Staaten die Rechte der Herzogthümer schützen, den Erbprinzen von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein anerkennen und ihm in der Geltendmachung seiner Rechte wirksamen Beistand leisten.“ In diesem Sinne fasse ich den Antrag auf und in diesem Sinne werde ich dafür stimmen. (Lebhaftes Bravo.)

Abg. Groote entwickelt unter großer Unruhe, sowie unter viermaliger Unterbrechung durch den Präsidenten, seine Ansichten. Ein augenblickliches Vergessen des Zweipalts, ein Ziegenlassen des Kampfes würde nur zur unvermeidlichen Verfestigung des reactionären Regiments führen. Wenn der Feind vor den Thoren steht, so könne man ihm mit einer solchen Regierung nicht die Spitze bieten; ehe dies geschehen könne, müsse sie fort, dann während das nationale Prinzip durchs Europa von Allen in Anspruch genommen werde, geschehe dies nur in Deutschland noch nicht. Das sei die Schuld des Ministeriums Bismarck, welches keinen Sinn habe für edlere Beweggründe, leige Sinn für die schaffenden Kräfte im Volke, sondern nur für den Sammelsiedlern. (Der Präsident unterbricht den Redner, um ihm eine bessere Wahl d. r. Ausdrücke zu empfehlen.) — Es sei schwer, die Zustände unter einer solchen Regierung, ohne sich einen Bedingungsstuf juzuziehen, richtig zu bezeichnen. Den ganzen Sinn seinerrede wolle er in den Wahlspruch zusammenfassen: „Hoch Schleswig-Holstein! hoch Deutschland! niedrig mit dieser Regierung!“ (Larape) Der Präsident lautet mit der Glorie und erklärt den letzten Ausdruck für unparlamentarisch.

Abg. Schulze-Delitzsch: Die Illustrationen, welche der Antrag des Abg. v. d. B. erfordert durch den Abg. Wagener erhalten hat, haben es uns klar gemacht, daß es den Antragsteller nicht um das Recht Schleswig-Holsteins zu thun ist. Abg. Wagener hat mit Hohn darauf hingewiesen, daß in der Frage der Herzogthümer die liberale Partei sich sogar für Legitimität begeistere. Ich erwidere darauf: die liberale Partei wird stets für eine Legitimität einstehen, weil im Volke Wurzeln treibt, die conservative Partei aber zeigt, daß sie die Legitimität gerade da desavouiren will, wenn sie zusammenfällt mit den nationalen Interessen und Vereinigungen. (Sehr wahr!) Sie, m. H. (zur Rechten), ziehen Sich zurück von der Legitimität des Herzogs von Augustenburg, weil dieser eins sein will mit seinem Volke, weil er das alte Recht und die Verfassung seines Volkes gelobt und mit seinem Eide garantirt. So etwas, sagen Sie, darf nicht zaudern werden. Wer, wie Sie, es auszuprägen weißt, Süde deutschen Landes seien unentbehrlich für einen freien Staat, der nimmt sich selbst den Anspruch, in deutschen Interessen mitzureden (lebhafter B. ifall). Der Abg. Wagener hat nicht unterlassen können, mir vorzuladen, ich habe in einer Rede behauptet, Preußen müsse der Großmacht krisel ausgetrieben werden. Diese Worte aber waren von mir wahrlich nur im Interesse Preußens ausgesprochen, ich habe an jener Stelle nur ausgeführt, Preußens Politik müsse dahin gerichtet sein, durch und durch eine deutsche Macht zu repräsentiren, seine Provinzen auch in den Kreis seiner deutschen Politik zu ziehen. Wäre Preußen diese deutsche Macht gewesen, und hätte es sich vor zehn Jahren nicht so sehr als Großmacht gefühlt, dann würden wir heute kein Londoner Protokoll zu verfallen haben (Befall). Was den Antrag Waldecks angeht, so bezweckt derselbe, jedes Engagement gegen die Staats-Regierung zu verhindern. Aber fordert denn Ihr Antrag nichts? Sie wollen die Wahrung preußischer und deutscher Interessen in den Herzogthümern. Sie verlangen insbesondere die Nichtanerkenning des dänischen Königs. Aber in diesen Forderungen liegt ja direkt die Loslösung vom Londoner Protokoll, und dies gerade ist ja auch der Kern unseres Antrages. Entfernt die Loslösung vom Protokoll ein Krieg, so gibt Ihr Antrag gar keinen Anhalt; der unsere dagegen geht weiter, er bezeichnet den Weg, welchen die Regierung eingeschlagen soll. Wenn man in Ihrem Sinne absolut und für alle Zukunft gar kein Engagement eingehen will, so muß man gar nichts fordern. Aber die Macht der Volksüberzeugung in Deutschland hat Sie zu diesem Widerspruch gebracht. Das Engagement, welches der Commissionsantrag enthält, beweist, „die Regierung soll eine eingegesetzte Politik verfolgen, wie sie bisher gehabt hat“. Kann die Staatsregierung dies? Allerdings hat das Ministerium die Londoner Verträge nicht gemacht; aber die Partei, der das Ministerium angehört, hat dieselben, hat die ganze Situation Ominus geschaffen, will ihre Stellung im Lande nur durch eine solche äußere Politik noch zu halten war. Dieselbe Partei herzichtet wieder u. d. es ist wahrlich charakteristisch, daß wenige Monate, nachdem die österreichischen Reformvorschläge mit ihrer

Spize gegen Preußen gemacht worden sind, sich das preußische Ministerium wieder im Lager Österreichs befindet. (Hört! hört!) Dies ist gewiß der Anfang, ich fürchte schon ein großer Schritt auf dem Wege Olmütz. (Hört! hört!) Wenn der Abg. Wagener gesagt hat, das Ministerium könne nicht einlenken, so acceptiren wir dieses Geständniß. Das Einlenken wäre für das Ministerium allerdings ein „aus der Haut fahren“, es wäre ein politischer Selbstmord.

Eia Ministerium, welches die Gefahr übernehmen wollte, in einen Krieg einzutreten, das müßte sich nochwendig stützen auf das preußische, auf das deutsche Volk, es müßte sich an das Volk wenden im Geiste der Proklamation von Kalisch, und wie müßte sich Herr von Bismarck vorkommen, wenn er eine solche Proklamation „An mein Volk“ mit seinem Namen unterzeichnen sollte. (Große Heiterkeit, die von Herrn v. Bismarck selbst sehr heftig getheilt wird.) Der Patriotismus, der jedes Ministerium beseelen muß, würde es verlangen, daß eine Regierung, die sich nicht auf das Volk stützt, zurücktrate, ehe es von den andrägenden Wogen beseitigt wird. — So wenig davon die Rede sein kann, den Kampf um unsere Verfassungsentwicklung aufzugeben, eben so wenig können wir auch deutsches Recht und deutsches Land dem Feinde preisgeben. Heißt das Politik treiben, einem um seine Existenz kämpfenden Theile unseres Volkes zu sagen: „Ihr da draußen, wartet ein wenig, bis wir unsre inneren Fragen zur Lösung gebracht.“ Und herrscht dort kein Theilnahme erweckender Kampf, wo wir täglich den Heldenmut der Beamten, des Volkes sehen, die gegen die Gewalt so ehrenhaft und harrlich kämpfen, daß kein deutscher Volksstamm gewiß je mehr, kaum einer Gleichen geleistet hat? (Beifall.) Diese Kämpfer kommen zu uns um Hilfe, und wir wollen ihnen antworten, wir haben keine Zeit, wir wollen ihnen erst dann helfen, wenn nicht mehr zu helfen ist! Schon geht ein zorniger Kampfmuth durch das ganze Land, und die preußische Volksvertretung sollte sich den Regierungen zufallen, die diesen Volksmuth nur zu dämmen, seine Flammen zu löschen suchen? Wir dürfen nicht stillsitzen, wenn ein Stück von unserem Leibe losgerissen wird. Ein Stück Deutschland opfern, heißt ein Stück Preußen opfern, und Schleswig-Holst. opfern, heißt dem Landesfeind direct den Weg in das Herz Deutschlands öffnen (Bustimmung.) Der Abg. Jacoby hat darauf hingewiesen, daß wir nicht Armeen marschiren lassen könnten und unsere Macht überhaupt nur gering sei; die Volksinitiative allein könne in dieser Sache helfen. Gewiß muß die Thätigkeit des Volkes das Beste thun, aber das Volk erwartet gerade von uns eine Anerkennung, und daß wir ihm das Ziel und die Wege weisen. — Es ist zunächst von der Bundesexecution die Rede: diese ins Werk zu setzen, müßte, so sollte man täglich erwarten, die Regierung wohl im Stande sein, nachdem sie so bedeutende Mittel, die sie für die Kriegsbereitschaft bewilligt erhalten hatte, gegen den Willen der Landesvertretung zur Durchführung der Heeresreorganisation verwendet hat. Aber wir werden uns unsern Standpunkt in der Militairfrage trotzdem nicht verändern lassen. Und wenn wir ebenso auch zugeben, daß an die Bundesexecution sich selbst ein Krieg knüpfen könnte, und wenn wir den ganzen Ernst unseres Entschlusses auch wohl zu würdigen wissen, so müssen wir doch daran denken: Der wahrt den Frieden am schlechtesten, der in der so großen und wichtigen Frage still steht. (Lebhafte Beifall.) Dies würde heißen, die Staaten Europas auffordern, herzukommen und sich an Deutschland zu bereichern. (Hört! hört!) Wir werden mehr für den Frieden gehalten haben, wenn wir dafür sorgen, daß man vor Deutschland und seinem Festhalten am Recht Achtung hat, als wenn wir jetzt uns Unrecht anführen lassen. (Beifall.) Was sagt uns Dänemark, was namentlich England schon jetzt zu bieten! Dieses erkennt unser Recht nicht an, es begegnet uns mit schauderndem Hohn, indem es uns, die Unterdrückten, als Unterdrücker darstellt, indem es uns den Rechtsbruch zuschiebt. Das deutsche Volk hat Act zu nehmen von diesem Verfahren Englands. (Der englische Botschafter Sir A. Buchanan ist in der Diplomatenloge anwesend.) Selbst Frankreich beobachtet im Vergleich mit England noch Aufstand gegen Deutschland, es gibt unsren rechtlichen Erwägungen Gebär, es verbündet uns nicht. Was England hierzu den Muth giebt, das zeigen uns die Vorgänge in Russland, wo England gegen rohe Barbarei so gut wie nichts einzuwenden hat. Wenn sich Demand wehrt, dann ist England rücksichtsvoll (Heiterkeit), uns aber, weil es glaubt, daß wir das Unrecht ruhig dulden, behandelt es mit Hohn. (Bustimmung.) Es wäre um das Ansehen dieses Hauses geschehen, wenn wir im deutschen und im eigenen Lande unser Recht nicht wahren wollten (sehr richtig); wir können dem Aufstand der nationalen Begeisterung nicht entgegentreten, da wir in ihm unsere Haupthilfe in den Verfassungskämpfen haben. (Sehr gut.) Verfassungsrecht und deutsche Unabhängigkeit gehören aufs engste zusammen, und wir haben dafür zu sorgen, daß wir nach beiden Seiten hin auf unserm Posten sind. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Reichensperger (wegen des Geräusches im Hause schwer zu verstehen) freut sich, daß man mit dem Bunde und der Legitimität so glimpflich umgehe, erkennt in dem Commissions-Antrag nur eine Maske, da man für Schleswig-Holstein rede und doch dem Ministerium, wie er höre, keine Mittel bewilligen wolle. Der König habe die Entscheidung über Krieg und Frieden. Das Accordiren der Bedingungen führe zum Ruin der Partei, die sie treibe und zum Ruin des Landes. Redner hält die Erbansprüche des Herzogs von Augustenburg für nicht so unzweifelhaft. Er wird für den Antrag v. d. Heydt stimmen, ohne sich die Motive des Abg. Wagener, der nur das schwarz-weiße Banner kenne, anzueignen. Es handle sich gerade in dieser Frage um das schwarz-roth-goldene Banner.

Abg. Dr. Frese verzichtet nach den Ausführungen der Abgg. Schulze und Jacoby auf das Wort zu Gunsten des Abg. v. Vincke (Olendorff).

Abg. v. Vincke (Olendorff): Wenn der Abg. Waldeck sage, mit einem Kriege könne unsere Freiheit untergehen, so erinnere er an die Zeit von 1806—1813. Gegen den Abg. Wagener müsse er bemerken, daß Preußen nimmermehr geworden wäre, was es ist, wenn der große Kurfürst und Friedrich der Große eine so ängstliche und engherige Politik geführt hätten, wie Jener sie empfahl. Durch den Londoner Vertrag sei ein neues Erbfolgegesetz geschaffen, und aus völker- und staatsrechtlichen Gründen müsse man sich von diesem Vertrage lossagen. Er müsse darauf hinweisen, daß die ganze neugeschaffene Thronfolge nach der Verzichtsleistung des neuen Königs der Hellenen Wilhelm Georg nur auf vier Augen (dem 20-jährigen Kronprinzen und dem 5-jährigen Prinzen Waldemar) beruhe; schließen sich diese, so leben Russlands Ansprüche auf die Erbfolge in Schleswig-Holstein wieder auf. Preußen's Ehre und Interesse seien engagiert, zudem sei die Gelegenheit für Preußen günstig; denn weder Russland, noch England, noch Frankreich würden ihm sonderliche Hindernisse in den Weg legen. Russland befindet sich nicht in einer dazu geeigneten Lage; England würde trotz des böhmischen Tones mancher englischen Zeitungen, nie die Schmach über sich kommen lassen können, ein ihm stammver-

wandtes Volk ruhig unterdrücken zu sehen, wie es denn auch ein principieller Gegner einer preußischen Marine sei, da sein Interesse das Vorhandensein mehrerer Seemächte zweiten Ranges neben der französischen wünschenswerth mache. Der Kaiser Napoleon endlich sei keineswegs so lästern nach dem Rheine, wie man ihm nachsage; er sei vielmehr energisch aufgetreten für die Nationalitäten, wie z. B. in Italien, und lege auf den friedlichen Handelsverkehr mit seinen deutschen Nachbarn das größte Gewicht. Das deutsche Volk dürfe nicht dulsen, daß seine deutschen Brüder von dem Copenhagener Böbel, der sogar seinem König Gewalt angethan habe, unterdrückt werden. Auch die Armee sehne sich nach der Gelegenheit, durch Thaten den Rost des Ruhmes zu tilgen, den ein langer Friede notwendig im Gefolge habe. Die Stimmung und der innere Thatendrang des Heeres seien heute dieselben wie im Jahre 1813, als sie sich in dem kampflustigen Worte ausdrückten: „Majestät lassen Sie uns los!“ — Unter Hinweis auf das Wort Johovahs an Samuel: „Gehorche der Stimme des Volkes“ beschwört der Redner die Regierung, auf die Stimme des Volkes zu hören. Selbstverständlich sei, daß die Fürsten der allgemeinen Bewegung nicht fremd bleiben dürften. Die Folgen der Vereinigung würden nur das Mischlings und die Unterdrückung der Bewegung sein, „wovor uns Gott bewahren wolle.“ Der Sieg werde nicht fehlen, wenn Alle einig seien, und in solcher Einigkeit ein freudiges „Vorwärts“ zu ihrem Feldgeschrei machen. (Bravo.)

Abg. Dr. v. Bunzen: Es ist vollständig wahr, daß mein Vater vom Aufleuchten des russisch-österreichischen Krieges an, sein Alleräußerstes daran gesetzt hat, um Preußens Beteiligung an der Seite der Westmächte herbeizuführen, und zwar deshalb, weil er die weitausgehenden Pläne Russlands besser als irgend ein Anderer erkannte und zugleich mit seinem Herzblute, d. h. mit Unterzeichnung des Londoner Vertrages, diese Erkenntnis bestiegelt hat. Über diese Unterzeichnung erlauben Sie mir ein kurzes, schlichtes Wort der Wahrschau zu sagen. Mein Vater urtheile über die Machtstellung Preußens nach dem Fall von Olmütz meiner Ansicht nach zu geringe, als er meinte, daß Preußen dem Adringen Europas auf Beitreitt zu diesem Vertrage allein nicht widerstehen könne. Aus diesem Grunde widerholte er sich den übrigens in Berlin geführten Verhandlungen von London aus nicht in dem Maße als er, obwohl er nur Gesandter war, wohl seiner Stellung nach hätte thun können. Als aber die Frage an ihn herantrat, ob er mit derselben Hand, welche die Unterhandlungen zu Gunsten der Rechte der Herzogthümer zwei Jahre lang in unsäglicher Arbeit geführt hatte, dieses bubehaft ausgeschlagene Werk (hört! hört!) unterzeichneten sollte, da hat er sich gesagt, es sei besser, daß er diese Last trage, als sein geliebter König, welcher ihm Jahre lang enge Freundschaft geschenkt. Und an dieser Stelle muß ich noch besonders hinzufügen, daß der König Friedrich Wilhelm IV. seinerseits dem Anringen Russlands und der im russischen Solde wirkenden Kräfte (hört! hört!) lange widerstanden, daß er bis zum letzten Augenblick gefreht hat, aufs den Art. 3., welcher die Bundesrechte wahrte, auch noch eine Fassung hineinzubringen, welche die Gültigkeit der Unterschrift Preußens vom Beitreitt des deutschen Bundes abhängig gemacht haben würde. (Hört! hört!) Ich erinnere mich noch manchen Wortes aus dem Mund meines Vaters, namentlich eines Ausdrucks, „der erste Kanonenschuß in Europa wird dieses Machwerk vernichten“, und wie wahre seine Berechnungen gewesen sind, werden die gehirnen Geschichten der Jahre 1853 und 1854 inshelleste Licht sezen. Unsere Nachkommen werden es wissen, daß Preußen um den Preis seines Beitrittes zu dem Bündnisse der Westmächte gegen Russland beim Beginne des Krimkrieges die Ordnung der Frage der Herzogthümer im nationalen Siane hätte erhalten können. (Hört! hört! Sensation.) Der letzte Augenblick, in welchem Seitens Preußen die Hinsäßigkeitserklärung über den Londoner Vertrag ausgesprochen werden konnte, war der Augenblick, wo seiner König die Augen schloß, welcher in den Vertrage von 1852 erklärt hatte, er wolle seine Erbfolge in seinem Staate dergestalt festsetzen, und auf dessen Worte hin die hohen contrahirenden Theile jene Änderung der Erbfolge feststellten. In diesem Augenblick war Preußen in der Lage, den Vertrag zu zerreißen, ja gerade durch den Vertrag gebunden ihn zu zerreißen, und ich glaube, wir müssen bellazien, daß seit jenem Augenblick vierzehn Tage vergangen sind und er noch nicht zerriß ist (Hört! hört!).

Abg. Graf Bethy-Huc erklärt, daß er sich nur zu den Worten des Abg. v. Vincke bekannt und nichts unterschrieben habe, was nicht in den Worten des Antrages stehe. Es sei ihm nicht in den Sinn gekommen, dem Ministerium die Mittel zu verweigern und deshalb werde er in erster Linie für den Antrag v. d. Heydt und erst in zweiter Linie für den Commissions-Antrag stimmen.

Ministerpräsident v. Bismarck erklärt die Behauptung des Abg. v. Bunzen, daß Preußen für den Beitreitt zu den Westmächten die schleswig-holsteinische Frage im nationalen Sinne hätte lösen können, für irrtümlich. — Abg. v. Bunzen bleibt bei seiner Behauptung stehen. Es sei, wie er wisse, von einer der Westmächte das ausdrückliche Anerbieten gemacht. — Herr v. Bismarck erwartet den Beweis hierfür. Eine glaubwürdige Mittheilung darüber sei der Regierung damals nicht geworden. — Abg. v. Sybel erklärt gegen Abg. Reichensperger, er werde nur für eine Politik, wie sie dem Commissions-Antrag entspreche, die Mittel bewilligen. (Beifall.)

Abg. v. d. Heydt als Antragsteller: Es sei mit seinem Antrag nicht gemeint, daß der Regierung zur Durchführung jeder Politik die Mittel bewilligt werden müßten. Er beweise, daß das Recht des deutschen Bundes auf die Herzogthümer gewahrt und sicher gestellt werde. Er seinerseits sei den Sympathien nicht überall entgegen, die in dem Commissions-Berichte ausgesprochen seien. Redner entwickelt die Bedeutung des Londoner Protokolls in dem in der Erklärung der Regierung festgehaltenen Standpunkte. Von dem Anerbieten, welches der Abg. v. Bunzen erwähnt, sei ihm persönlich nichts bekannt geworden.

Abg. Dr. Birchow: Die Schleswig-Holsteiner und Deutschland erwarten mehr von dem Hause. Aber was erwarten sie denn? Daß das Haus entweder mit dieser Regierung vorwärts ginge, oder diese Regierung stärkte, also unmittelbar handle. Das könnte das Abgeordnetenhaus nicht, um so spiegle sich denn die Schwäche der Situation in dem Antrage der Commission allerding wieder. Wenn sich die Herren zur Rechten über dieses Anerbitten freuten, so wolle er es Ihnen gern ausdrücklich attestiren (Heiterkeit). Die Situation werde noch unklarer durch das Verhalten der Regierung. Der Ministerpräsident habe eine Erklärung vorgelesen, ohne weiter an den Verhandlungen Theil zu nehmen. Alles, was in sicherer Aussicht stehe, sei die am Schluss angekündigte Verträge, Alles andere sei unsicher. Es handle sich um eine reisliche Erwägung dessen, was im gegenwärtigen Augenblick die richtige Politik sei und um die Erklärung der Bereitwilligkeit für diese Politik auch das Mögliche zu thun. Nach den Antecedentien und dem gestern mitgetheil-

ten Promemoria der Regierung werde Niemand erwarten, daß diese Regierung das thun werde, was das Haus erwarte. Abg. Reichensperger habe behauptet, das Haus sei nicht berechtigt zu einer Einwirkung auf die auswärtige Politik: derselbe werde sich aber wohl hierin finden müssen, nachdem auch Se. kais. königl. apostolische Majestät es sich gefallen lassen müsse, daß ihr Reichsrath seine Ansichten und Anträge in der äußeren Politik, ausgesprochen, und wenn der Abg. Reichensperger einen Eingriff in die Prärogative des Königs erlässt, so werde er vielleicht noch nicht so weit in seiner allmächtigen „Nachrechtsentwicklung“ gediehen sein (Heiterkeit), um einen andern Verfassungssatz möglichst zu übersehen, nach welchem die Minister für die Handlungen des Königs verantwortlich sind, und das Haus mit diesen zu verhandeln habe. — Der Ministerpräsident habe erklärt, er nehme die Lage an, wie sie sei, aber er habe nicht gesagt, daß er jetzt den Krieg von 1848 und 1849 für einen rechtmäßigen halte. Eist wenn dies der Fall wäre, würde er eine correcte Stellung gewinnen. Graf Schwerin scheine dies zwar durch sein Kopfschütteln zu bestreiten, doch halte er dies für consequent, denn wenn nur durch die Londoner Verträge die Grundlagen unseres Handels gegeben würden, und wenn diese Verabredungen hinfällig würden, was Herr v. Bismarck als möglich ebenfalls in Aussicht gestellt habe, so könnte man nur zurückkehren auf das alte deutsche Recht, welches auch im Kriege von 1848 und 1849 proclamirt worden sei. Um sich auf solchen Rechtsboden zu stellen, müsse man allerdings einen andern Rechtsstaat haben, als er den Herren der conservativen Partei und des Ministeriums eigen ist. Denn wenn die jüngste Erklärung des Grafen Wartensleben über die Heiligkeit der Eide wegen der Offenheit, mit der sie abgegeben, auch dankbar zu acceptiren sei, so passen solche Grundsätze doch wenig in einen Verfassungsstaat; auch in den Beziehungen zum Auslande müsse dieser Mangel an Rechtsgefühl dahin führen, Zweckmäßigkeit. Gründe vorzusehen und das thuerste, legitime Recht aufzugeben. —

Was die Art der den Herzogthümer zu gewährbenden Unterstützung angehe, so erwarte man, daß in erster Linie der Herzog von Schleswig-Holstein den Kampf zu führen habe. Ihn habe der deutsche Bund zu unterstützen, und es sei zu hoffen, daß Preußen bei seiner sonst widerwilligen Stimmung sich von dem Bandstage würde majoritären lassen. Redner schließt unter Berufung auf eine von Stahl im Herrengäste gehaltene Rede, daß die Eure des verstorbenen Königs, die Ehre namentlich der preußischen Armee, welche in dem Jahre 1848—1849 gegen Dänemark verpfändet und durch das Londoner Protokoll geschändet sei, die Aufhebung dieses Protocols verlange. Er habe keine Sorge für die preußische Armee, daß sie nicht siegreich den Kampf bestehen würde, er habe auch nicht die Sorge, daß sie zurückkehren könnte, um gegen die Verfassung gebraucht zu werden: vielmehr würde durch diese Kampf der Armee für die deutschen Herzogthümer der reactionären Partei eine vielleicht unbegründete Hoffnung auf das Heer entzogen werden. (Beifall.)

Graf Schwerin (wegen des „Kopfnidens“) — solche Bewegungen müßten jedem freistehen; auch tadeln Schwerin das ewige „Nörgeln“ gegen die Personen. Birchow: das „Nörgeln“ sei kein parlamentarischer Ausdruck, — worauf Schwerin dasselbe zurücknimmt.

Abg. Tweten citirt (gegen den Ministerpräsidenten) zunächst Hefters Lehrbuch des Völkerrechts und die von diesem citirten Völkerrechtslehrer dafür, daß wenn ein Theil den geschlossenen Vertrag nicht halte, unbedenklich auch der andere contrahirende Theil sich davon lossagen könne. Refwendet sich sodann gegen die Einwendungen von Waldeck und Wagener in Betreff der Bevölkerungsverhältnisse in Schleswig und weist aus den offiziellen dänischen Tabellen, indem er die „gemischte“ Bevölkerung (82,000) der deutschen zu zählen vermeint, nach, daß 246000 Deutsche und nur 160,000 Dänen daselbst leben. Graf Schwerin habe hervorgehoben, daß wenn es zum Kriege komme, die Bewilligung der Mittel nicht von der Rückgängigmachung der Militär-Reorganisation abhängig gemacht werden könnte. Nur ein Wahnsänger könnte verlangen, daß die Organisation in einem solche Fälle auseinander genommen werde. Komme es zum Kriege, so müsse die Organisation genehmigt werden, sie sei populär oder unpopulär; aber die Armee im Kriege könne kein Präjudiz sein für die Armee im Frieden. Im letzten Augenblick erfordere der Krieg unter allen Umständen eine concentrirte Gewalt. Er würde lieber das Ministerium Bismarck einige Jahre länger ertragen, als ein deutsches Land verloren geben lassen. Er halte den preußischen Staat in seinen materiellen und spirituellen Grundlagen noch so gesund, daß er ein Ministerium Bismarck überdauern könnte. Ein sicherer Erfolg eines Krieges sei allerdings nur zu erwarten, wenn ein anderes System das siegne. Die Erklärung, die der Ministerpräsident abgegeben, mache es nothwendig, daß ein Wechsel der Personen eintrete, damit das nötige Vertrauen bei den deutschen Bundesgenossen wieder gewonnen werde. Wenn indeß die Regierung das thue, was das Haus verlange, dann werde allerdings das Abgeordnetenhaus die erforderlichen Mittel bewilligen müssen. (Beifall.)

Abg. Waldeck: Wenn der Krieg komme, müsse erst unsere alte Landwehr wiederhergestellt werden; mögen die 32 neuen Regimenter ins Feld rücken, wenn man sie für kriegerische Landwehrregimenter erklärt, dann haben wir wenigstens nicht die Last dauernd auf den Hainen zu erhalten.

Bei Abstimmung erhält der Antrag v. d. Heydt 37 Stimmen (darunter von der kathol. Fraktion nur diejenige des Abg. Reichensperger); der Waldeck'sche Antrag ebenfalls 37 Stimmen und zwar: Aegertor, Baur, Dr. Beder (Dortmund), Bresgen, Calow, Caspers, Förster, Frenzel, Görziga, Hirschberger, Jung, Kyll, Lachow, Löwe (Bielefeld), May, Mellien, Nebse, Pfälzer, Prince-Smith, Raffauf, Riel, Römer, Roepell, Roggen, Roskoven, Schiebler, Schmiede, Servatius, v. d. Straten, Dr. Temme, Teichert, v. Valentini, Belthusen, Voigtel, Wägner, Dr. Waldeck. Der Commissions-Antrag wird mit 231 gegen 63 Stimmen angenommen; 15 enthalten sich der Abstimmung. — Nächste Sitzung morgen.

Politische Uebersicht.

Die „Kreuztg.“ die schon gestern bei Besprechung der Untersuchungs-Commission mit dem Conflict drohte, meint heute, der wiedergewählte Herr Wantrup werde wohl „nur zur Leichenfeier eines hohen Hauses erscheinen“.

Die „Köl. Bz.“ schreibt in ihrem letzten Leitartikel: „Was Polen betrifft, so kennen wir die großen Pläne Napoleons für ein unabhängiges Königreich Polen und die Anerkennungen, die er Ostreich schon im März dieses Jahres machen ließ, wenn es ihm bei einer Neugestaltung Europas behilflich sein wollte. Uns wird so eben von anderer Seite, als von unseren bisherigen Quellen, genauere Auskunft über die Einzelheiten des kaiserlichen Planes in Aussicht gestellt. Österreich hat bisher die Anerkennungen Napoleons freilich abgelehnt; aber nicht ohne bange Besorgniß

Nachdem in dem Concurse über das Vermögen des Kaufmanns A. G. Rothe zu Graudenz der Gemeinschuldner die Schließung eines Alkohols beantragt hat, so ist zur Erörterung über die Stimmberechtigung der Concursgläubiger, deren Forderungen in Ansehung der Richtigkeit bisher streitig geblieben sind, ein Termin auf

den 10. December cr.

Vormittags 10 Uhr,
vor dem unterzeichneten Commissar im Terminkammer anberaumt worden. Die Bevollmächtigten, welche die erwähnten Forderungen angemeldet oder bestritten haben, werden hieron in Kenntnis gesetzt.

Graudenz, den 25. November 1863.

Königliches Kreis-Gericht.
Der Commissar des Concurses.

Dr. Maier.

Wichtige populär-medizinische Schrift!

Bei L. G. Homann
in Danzig,

Ranzt- und Buchhandlung

Jopengasse No. 19, ist zu haben:
Ueber den Gebrauch u.

Nützen einiger durch mehr als 100jährige Erfahrung erprobter, anerkannter guter und gänzlich unschädlicher Arzneien gegen die üblichen Fehlern der Selbstbelebung, des weißen Flusses und der unfreiwilligen Samenergösung, sowie gegen die durch Auschwelung aller Art verheizte Abnahme der Leibes- u. Seelenkräfte. Zum Besten leidender Menschen auf's Neue herausgegeben und mit den nötigen Rezepten versehen von Dr. Simou.

21. Aufl. Gej. 15 Novr.
Verlag von A. Lubrechte & Cie. in Stuttgart.

[7544]

Auction.

Sonnabend, den 5. December e., Vormittags 10 Uhr, sollen auf dem Grundstücke Speicherinsel, Brandgassen- und Jopengasse-Ecke No. 89, durch Auction, mit Bewilligung des üblichen Credits, verkauft werden:

80 Schock vorzüglich gedämpfte, trockene, rothbüchene Radfageln, wozu einlade.

[7545] Nothwanger, Auctionator.

Lairitz'sche

Waldwoll-

Gichtwatte,

Das bewährteste Heil- und Präservativ-Mittel gegen Rheumatismus und Gicht von 3 Sgr. ab, so wie sämtliche Unterleider von Waldwolle, als: Jacken, Hosen, Strümpfe, Strümpfe re- empfiehlt laut ärztlichen Zeugnissen und Prä- mürungen in der Schweiz, Frankreich und Hamburg, ganz ergeben.

[550] A. W. Janzen, Badeanstalt, Vorstadt. Graben 34.

Für Husten und Brustleiden.

Die berühmten französischen Brustpastillen, aus isländischem Mow-e bereitet, denen ihrer vorzüglichen Wirksamkeit zu folge auf der Industrieausstellung zu Paris die einzige Preismedaille für Brustmittel zuerkannt worden ist, sind allein ächt bei mir zu haben, die Schachtel nebst Gebrauchsanweisung zu 7 Sgr.

Richard Jahr,

Jopengasse No. 34.

[7539] Mit dem Ausverkauf unseres Cigaren-lagers zu billigen Fabrikpreisen wird fortgesfahren.

Alexander Prina & Co., Comtoir: Heiligegeistgasse 85, Hangeetage.

Um unter Weinslager schnell zu räumen, offerieren:

Rothweine von 10 bis 20 Sgr.
Rheinweine " 6 " 20 "
Muscat " 5 " 10 "
Airaac zu 10 und 15 Sgr.
Rum von 12 1/2 bis 20 Sgr.
Portwein zu 18 Sgr. per Flasche, exclusive Fässer.

[7558] Alexander Prina & Co., Comtoir: Heiligegeistgasse 85, Hangeetage.

Hiermit erlaube ich mir mein großes Lager in

Tricot-Waaren,

als: Jacken, Camisöler und Pantalons in Wolle und Baumwolle, weiß und couleurt, angelegentlichst zu empfehlen.

E. A. Kleefeld,
Brodbänkengasse 41.

In meinem Hause Neugarten (an der Promenade) 22 a, sind zwei Zimmer an eine alte Dame oder einen einzelnen Herrn mit auch ohne Möbel gleich, auch später, billig zu vermieten. Rob. Niemierski.

Die allerhöchsten Preise con- fessionirten elektro-magnetischen Heiß- kissen von Betty Mehrens in Cöslin, auch hier wie in weiteren Kreisen als das erfolgreichste Mittel bei allen giötischen und rheumatischen Leiden rühmlich bekannt, sind à 25

Thlr. 1 Thlr. 5 Sgr. und 1 Thlr. 15 Sgr. so wie die beliebten **Bahnhalsbänder**, auch hier wie in weiteren Kreisen als das erfolgreichste Mittel bei allen giötischen und rheumatischen Leiden rühmlich bekannt, sind à 25

L. G. Homann in Danzig, Jopengasse 19 und A. Teichert in Elbing.

Concordia,

Cölnische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft. Grund-Capital der Gesellschaft: 10,000,000 Thaler.

Die Concordia übernimmt gegen feste und sehr mäßige Prämien Lebensversicherungen und überhaupt alle Versicherungen von Capitalien und Neuten auf den Lebens- wie auf den Todesfall in jeder beliebigen Form.

Zu den von ihr eingerichteten Kinderversorgungs-Kassen können Einschreibungen zu jeder Zeit erfolgen, und zwar für alle Kinder, die nicht vor 1845 geboren sind.

Die Geschäfts-Resultate pro ultimo Juni 1863 stellen sich wie folgt:

Reserve-Fonds	3,115,377 Thaler.
versicherte Capitalien	13,436,327
versicherte jährliche Lebrente	65,322 "

Zahl der versicherten Personen: 8416

Zahl der eingeschriebenen Kinder: 28,380

Prospekte und Antrags-Formulare und jede gewünschte Auskunft erhält bereitwilligst und unentgeltlich:

Der General-Agent

F. E. Grohte, Jopengasse 3,

sowie die Agenten:

Herr Gasthofbesitzer Pretele in St. Grone, Kaufmann J. Harder in Dirschau, Borchard Wolff in M. Friedland,

Herr Lehrer C. F. Schmidt in St. Baglau, Kaufm. F. W. Frost in Pr. Stargardt,

Cantor Heinrichs in Schöneid, Apotheker L. Pethke in Stork,

F. A. Profs in Jastrow, Kaufmann L. Herrmann in Lübel.

Ferd. Radike in Mewe, [7483]

Gasthofbesitzer C. Meekler in Neustadt.

[7483]

Herr Lehrer C. F. Schmidt in St. Baglau,

Kaufm. F. W. Frost in Pr. Stargardt,

Cantor Heinrichs in Schöneid,

Apotheker L. Pethke in Stork,

F. A. Profs in Jastrow, Kaufmann L. Herrmann in Lübel.

Ferd. Radike in Mewe, [7483]

Gasthofbesitzer C. Meekler in Neustadt.

[7483]

Herr Lehrer C. F. Schmidt in St. Baglau,

Kaufm. F. W. Frost in Pr. Stargardt,

Cantor Heinrichs in Schöneid,

Apotheker L. Pethke in Stork,

F. A. Profs in Jastrow, Kaufmann L. Herrmann in Lübel.

Ferd. Radike in Mewe, [7483]

Gasthofbesitzer C. Meekler in Neustadt.

[7483]

Herr Lehrer C. F. Schmidt in St. Baglau,

Kaufm. F. W. Frost in Pr. Stargardt,

Cantor Heinrichs in Schöneid,

Apotheker L. Pethke in Stork,

F. A. Profs in Jastrow, Kaufmann L. Herrmann in Lübel.

Ferd. Radike in Mewe, [7483]

Gasthofbesitzer C. Meekler in Neustadt.

[7483]

Herr Lehrer C. F. Schmidt in St. Baglau,

Kaufm. F. W. Frost in Pr. Stargardt,

Cantor Heinrichs in Schöneid,

Apotheker L. Pethke in Stork,

F. A. Profs in Jastrow, Kaufmann L. Herrmann in Lübel.

Ferd. Radike in Mewe, [7483]

Gasthofbesitzer C. Meekler in Neustadt.

[7483]

Herr Lehrer C. F. Schmidt in St. Baglau,

Kaufm. F. W. Frost in Pr. Stargardt,

Cantor Heinrichs in Schöneid,

Apotheker L. Pethke in Stork,

F. A. Profs in Jastrow, Kaufmann L. Herrmann in Lübel.

Ferd. Radike in Mewe, [7483]

Gasthofbesitzer C. Meekler in Neustadt.

[7483]

Herr Lehrer C. F. Schmidt in St. Baglau,

Kaufm. F. W. Frost in Pr. Stargardt,

Cantor Heinrichs in Schöneid,

Apotheker L. Pethke in Stork,

F. A. Profs in Jastrow, Kaufmann L. Herrmann in Lübel.

Ferd. Radike in Mewe, [7483]

Gasthofbesitzer C. Meekler in Neustadt.

[7483]

Herr Lehrer C. F. Schmidt in St. Baglau,

Kaufm. F. W. Frost in Pr. Stargardt,

Cantor Heinrichs in Schöneid,

Apotheker L. Pethke in Stork,

F. A. Profs in Jastrow, Kaufmann L. Herrmann in Lübel.

Ferd. Radike in Mewe, [7483]

Gasthofbesitzer C. Meekler in Neustadt.

[7483]

Herr Lehrer C. F. Schmidt in St. Baglau,

Kaufm. F. W. Frost in Pr. Stargardt,

Cantor Heinrichs in Schöneid,

Apotheker L. Pethke in Stork,

F. A. Profs in Jastrow, Kaufmann L. Herrmann in Lübel.

Ferd. Radike in Mewe, [7483]

Gasthofbesitzer C. Meekler in Neustadt.

[7483]

Herr Lehrer C. F. Schmidt in St. Baglau,

Kaufm. F. W. Frost in Pr. Stargardt,

Cantor Heinrichs in Schöneid,

Apotheker L. Pethke in Stork,

F. A. Profs in Jastrow, Kaufmann L. Herrmann in Lübel.

Ferd. Radike in Mewe, [7483]

Gasthofbesitzer C. Meekler in Neustadt.

[7483]

Herr Lehrer C. F. Schmidt in St. Baglau,

Kaufm. F. W. Frost in Pr. Stargardt,

Cantor Heinrichs in Schöneid,

Apotheker L. Pethke in Stork,

F. A. Profs in Jastrow, Kaufmann L. Herrmann in Lübel.

Ferd. Radike in Mewe, [7483]

Gasthofbesitzer C. Meekler in Neustadt.

[7483]

Herr Lehrer C. F. Schmidt in St. Baglau,

Kaufm. F. W. Frost in Pr. Stargardt,

Cantor Heinrichs in Schöneid,

Apotheker L. Pethke in Stork,

F. A. Profs in Jastrow, Kaufmann L. Herrmann in Lübel.

Ferd. Radike in Mewe, [7483]

Gasthofbesitzer C. Meekler in Neustadt.

[7483]

Herr Lehrer C. F. Schmidt in St. Baglau,

Kaufm. F. W. Frost in Pr. Stargardt,

Cantor Heinrichs in Schöneid,

<p